

GEW fordert: "7000 Lehrer für Inklusion nötig"

Für das Projekt Inklusion stehen zu wenige Lehrer zur Verfügung. FOTO: dpa, hka jhe

Düsseldorf. Beim gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung (Inklusion) gibt es in NRW nach Ansicht der Lehrerverbände erhebliche Probleme. Sie drängen die rot-grüne Landesregierung vor allem, den inklusiven Schulen mehr Sonderpädagogen zuzugestehen.
Von Detlev Hüwel

Die von Rot-Grün angestrebte Zahl von 3200 zusätzlichen Kräften bis zum Schuljahr 2017/18 reiche bei weitem nicht, um das Vorhaben zu stemmen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Verband Bildung und Erziehung (VBE) fordern mindestens 7000 zusätzliche Stellen für die schulische Inklusion.

Seit Beginn des laufenden Schuljahres haben die Eltern in NRW das Recht zu entscheiden, ob sie ihr behindertes Kind auf eine Förderschule oder eine allgemeinbildende Schule (zum Beispiel Gesamtschule oder Gymnasium) schicken wollen. Der Rechtsanspruch gilt allerdings zunächst nur für die Klassen eins und fünf.

Das Thema Inklusion stelle derzeit die größte Belastung für die betroffenen Schulen dar, so GEW-Landeschefin Dorothea Schäfer zu unserer Redaktion. "Viele Lehrer gehen auf dem Zahnfleisch und sagen: Ich komme an meine Grenzen." Es führe kein Weg daran vorbei, dass das Land nachbessern und mehr Stellen schaffen müsse.

Auch der Vorsitzende des Philologenverbandes NRW, Peter Silbernagel, kritisiert, dass "an vielen Stellen auf Kante genäht" werde. Bei der Umsetzung der Inklusion seien Schulen und Lehrer weitgehend auf sich selbst angewiesen. Deswegen herrsche dort große Unsicherheit. "Die Rahmenbedingungen müssen stimmen", betont Silbernagel. Dazu gehöre, dass in der Regel zwei Lehrkräfte zur Verfügung stünden. Eine solche Doppelbesetzung werde aber dadurch erschwert, dass eine Jahrgangsstufe zwölf oder 13 behinderte Schüler haben müsse, bevor es eine zusätzliche Kraft gebe. "Das zeigt, dass das Ganze auf Sparkonzeption beruht."

"Schon ein Kind kann den Unterricht schmeißen"

Auch Brigitte Balbach (Lehrer NRW) betont die Notwendigkeit der Doppelbesetzung. Schon ein einziges Kind mit emotionalen Problemen könne, wenn es auf den Tisch schlägt, dazwischenruft oder andere Kinder attackiert, den Unterricht "schmeißen". Deshalb sei eine zweite Lehrkraft unabdingbar. Doch oft herrsch hier Fehlannonce. "Wenn die Eltern davon Wind bekommen, wird es einen Knall geben", glaubt Balbach.

Auch VBE-Chef Udo Beckmann schließt nicht aus, dass es eine Kehrtwende der Eltern zurück zu den Förderschulen geben werde, wenn an den inklusiven Schulen die Qualität des Unterrichts erkennbar leide. Bei der Umsetzung der UN-Resolution zur Inklusion hätten zwar "alle Hurra gerufen", sich aber zu wenig Gedanken über die Kosten gemacht. Beckmann: "Wir erleben jetzt die Verteilung des Mangels." Das kann so nicht bleiben.

Das NRW-Schulministerium bestreitet zwar nicht, dass es Probleme gebe, aber sie seien nicht gravierend. "Wir gehen den Einzelfällen nach", sagte eine Sprecherin. NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) betont stets, dass das Land keine Förderschulen schließe. Allerdings nimmt deren Zahl mit der Ausweitung der Inklusion ab. Das Ministerium verweist in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit, Förderschulen zusammenzuschließen.

Im Übrigen liege der Vorteil der schulischen Inklusion auf der Hand: "Die Eltern können jetzt selbst entscheiden und müssen sich nicht mehr wie Bittsteller vorkommen." Für eine Zwischenbilanz der schulischen Inklusion sei es – ein halbes Jahr nach Einführung des Rechtsanspruchs – aber noch viel zu früh: "Das ist ein Generationenprojekt. Das geht nicht in einem Jahr."

Quelle: RP